

Dialogforum auf der InnoTrans „Was ist uns der ÖPNV wert?“:

Nikutta: Nahverkehrsfinanzierung neu ausrichten

Berlin, 26. September 2014 – DVF-Präsidiumsmitglied **Dr. Sigrid Nikutta**, Vorstandsvorsitzende und Vorstand Betrieb Berliner Verkehrsbetriebe (BVG), forderte auf dem Dialogforum der Schienenmesse InnoTrans vor rund 200 Gästen mehr Geld für den Nahverkehr und eine neue, langfristig tragbare Struktur der Finanzierungsinstrumente von Bund und Ländern.

Nikutta sah die Politik in der Pflicht, den finanziellen Bedarf für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu decken: „In den zurückliegenden Jahrzehnten konnten die Verkehrsunternehmen Dank Fördermitteln des Bundes in neue Verkehrsinfrastrukturen investieren bzw. ausweiten. Die Folgekosten der Infrastrukturen wurden nicht mehr gefördert. Die Verkehrsunternehmen können die Last nicht alleine schultern. Wir wollen deshalb, dass das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz GVFG inhaltlich neu ausgestaltet wird. Was einst als Neubau gefördert wurde, wird heute zum Ersatzneubau. Der Erhalt der bestehenden Infrastruktur muss künftig im Vordergrund stehen. Für eine effiziente Verwendung der Mittel müssen daher die Förderkriterien neu gestaltet werden.“

Die BVG-Chefin forderte außerdem, die vorhandenen Finanzierungsinstrumente wie GVFG und Regionalisierungsgesetz weiterzuführen, den Anforderungen entsprechend finanziell auszustatten und zu dynamisieren. „Für 2015 steht die Revision der Regionalisierungsmittel an, über die es noch keine Einigung gibt. Dies ist nicht hinnehmbar.“, so Nikutta. Sie sprach sich für eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel von heute 7,3 Milliarden Euro auf 8,5 mit einer Dynamisierung von 3 % statt bisher 1,5 % aus. Die Mittel sollten zweckgebunden für die Förderung der kommunalen Verkehrswege bzw. zur Bestellung von Verkehrsleistungen eingesetzt werden.

„In Baden-Württemberg werden die Entflechtungsmittel vollständig zweckgebunden verwendet, das ist sogar in einem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz so festgelegt. Die Regionalisierungsmittel werden bei uns im Land vollständig für den SPNV ausgegeben, reichen aber nicht“, erläuterte **Winfried Hermann**, Minister für Verkehr und Infrastruktur des Landes Baden-Württemberg, zur Frage der

Das **Deutsche Verkehrsforum** ist die einzige verkehrsträgerübergreifende Wirtschaftsvereinigung in Europa. Unsere rund 170 Mitgliedsunternehmen wollen die Verkehrsbedingungen verbessern sowie die Mobilität in Deutschland und Europa sichern.

Zweckbindung der Mittel. Baden-Württemberg lege noch erhebliches Geld aus dem Landesetat dazu – allein in diesem Jahr seien es 84 Mio. Euro.

Der Bund habe bisher die kommunale Infrastruktur finanziell unterstützt und werde das auch in Zukunft tun, versicherte aus Sicht des Bundes **Michael Donth MdB**, Mitglied im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur des Deutschen Bundestages. Donth stellte in Aussicht: „Mögliche Steuermehreinnahmen sollen nach Willen der Verkehrspolitiker – parteiübergreifend – zusätzlich in die Infrastruktur investiert werden. Allerdings ist das nicht nur eine Aufgabe für den Bund. Länder und Kommunen sind hier ebenfalls in der Pflicht.“

Dennoch zeigte sich die Geschäftsführerin VBB Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH, **Susanne Henckel**, besorgt: „Die Länder dürfen nicht zulassen, dass der Bund die Diskussion um die Zukunft der Finanzierung verschiebt. Die Fakten liegen auf dem Tisch, die Länder sind sich einig: Der erfolgreiche Nahverkehr auf der Schiene sichert die Wachstumsfähigkeit und den Wohlstand in Städten und Regionen – in Berlin wie Brandenburg gleichermaßen.“ Auch für Nikutta ticke die Uhr, denn in vielen Städten und Kommunen seien die U-, S,- und Straßenbahnen samt ihrer Infrastruktur über 30 Jahre alt. Es habe sich ein gewaltiger Investitionsstau aufgebaut. Allein der Erhalt der Fahrwege betrage 4 Milliarden Euro und erhöhe sich jährlich um 500 Mio. Euro.

Daten und Fakten der Finanzierung des ÖPNV und SPNV:

- **Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz** und **Entflechtungsgesetz** laufen 2019 aus.
 - **1,33 Milliarden Euro** jährlich für Länder und Kommunen zur direkten Förderung von Verkehrsinfrastrukturprojekten (Entflechtungsgesetz).
 - **330 Millionen Euro** des Bundes für die Länder, um in die Verkehrswege der Kommunen zu investieren und so den Betrieb des ÖPNV zu gewährleisten (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)

Regionalisierungsgesetz: Bundesförderung an die Länder für den Betrieb des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) in Höhe von **7,3 Milliarden Euro** pro Jahr mit jährlicher Dynamisierung in Höhe von 1,5 %. Die Revision der Regionalisierungsmittel steht in 2015 an, bisher noch keine Einigung.